

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1,20. Einzelhefte in die Postgeschäftsstelle Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Baustellen-Anzeigen die gespaltene Kolonnen-Zeile 50. Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Weyg. Druck von U. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover. Verantwortlicher Redakteur: S. Schneider, Hannover. Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr. Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaisstraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss 3002.

Kriegsinvaliden- und Hinterbliebenen-Fürsorge.

Von Luise Sieg.

Eine der wichtigsten Fragen der Sozialpolitik ist die Regelung der Fürsorge für die Kriegsinvaliden und die Hinterbliebenen der gefallenen Krieger. Mit der Zahlung einer entsprechenden Rente ist die Pflicht des Vaterlandes keineswegs erfüllt; auch dann nicht, wenn die Renten der Invaliden, wie die Sozialdemokraten im Reichstag beantragt, unter Berücksichtigung ihrer sozialen Stellung und ihres feierlichen Einkommens Zuschläge erhalten.

Schaffenden Menschen, die im Kriege, bei ihnen die gesunden Glieder raubte oder sonst ihre Gesundheit zerstörte, den höchsten Anforderungen an ihre körperliche und seelische Leistungsfähigkeit genügt, würde es unerträglich sein, sollten sie entweder dauernd aus dem Produktionsprozess ausscheiden oder mit unwichtigen Handlangerarbeiten beschäftigt werden. Ihnen soweit wie menschenmöglich die Arbeitsfähigkeit wiederzugeben, ist ein Gebot der Menschlichkeit und der Klugheit, so zu verfahren erfordert die Rücksichtnahme auf die Invaliden und auf die Gesamtheit, die die Arbeitskraft so vieler Tausende, wenn auch eine verminderte, nicht entbehren kann.

Mit all den sonstigen Nachteilen des Krüppeltums und der Invalidität, mit all dem Seelenleid, das sich in den tiefsten Winkeln des Herzens einnistet, mit der Bitterkeit, die sich nur zu leicht in die Seele des furchtbar Verunfallten frisst, müssen die Verstümmelten ja ohnehin allein fertig werden! Um so mehr muß die ärztliche Kunst unter Ausnutzung aller wissenschaftlichen Erfahrung und aller verfügbaren technischen Hilfsmittel ihr Bestes leisten, und der Staat darf dabei unter keinen Umständen mit Geldmitteln knausern. Er hat auch die Pflicht, in eigenen Werkstätten für die Invaliden die Möglichkeit zu schaffen, sich die nötige manuelle Geschicklichkeit anzueignen, und ihnen nötigenfalls Arbeitsgelegenheit zu geben.

Wenn die Herstellung aller möglichen Ausbesserungsgegenstände, desgleichen Waffen und Munition in eigener Regie des Staates würde zahlreichen Arbeitern Arbeitsmöglichkeit geben, ohne daß, wie jetzt, die Miesenprofite von den millionenschweren Diebstahlanten eingesackt würden; ganz abgesehen davon, daß damit die Zahl jener einflussreichen Personen eine starke Einschränkung erfahren würde, die ein nur allzu großes Interesse an den Kriegsanstaltungen haben. Dann aber ist der Arbeiterklasse endlich einzuräumen, warum schon lange der Kampf geht: ein freies, gesichertes Koalitionsrecht! Diese Waffe wird der invalide Arbeiter, ob im Staatsbetrieb, ob in der Privatindustrie oder in landwirtschaftlichen Betrieben, noch weniger entbehren können als sein gesunder Kollege. Denn unter keinen Umständen darf die Rente, die er erhält, zu einem Mittel werden, ihm den Lohn zu brücken. Dagegen kann er sich aber nur wehren durch die Macht, die der Zusammenschluß gewährt. Die Organisation wird auch am besten seine Interessen vertreten, wenn nach dem Vorbild von Berlin Ausschüsse gebildet werden, in denen Vertreter der Arbeiter, der Unternehmer, des Magistrats und ärztliche Berater zusammenwirken zur Regelung der Arbeitsbeschaffung und der Lohnendifferenzen.

Auch für die Hinterbliebenen ist die Fürsorge keineswegs erschöpft durch die Rente, die ihnen zufließt, denn von dieser können sie nicht leben. Wollten wir die notwendige Fürsorge, die daneben einsehen muß, eingehend besprechen, so müßten wir das große, weitgespannte Problem des Arbeiterinnen- und Kinderschutzes aufrollen. Denn der größte Teil der Kriegswitwen wird zur Erwerbsarbeit greifen müssen, um leben zu können. Ganz gleich, ob sie zu den Intellektuellen zählen, ob sie aus den Kreisen der Kleingewerbetreibenden, der kleinen Beamten oder aus denen der Arbeiter stammen.

Soweit sie als Arbeiterinnen ihr Brot verdienen müssen, sind sie von vornherein all den Nebeln ausgesetzt, die mit der Lohnarbeit verbunden sind und die sich ergeben aus der Verbindung von Beruf, Mutterschaft und Hauswirtschaft. Die Gefahren der wirtschaftlichen Abhängigkeit und der kapitalistischen Ausbeutung sind für die Lohnarbeitende Kriegswitwe nicht etwa weniger groß, weil sie in der Rente ein bestimmtes Einkommen garantiert hat. Die unerfüllliche Profitgier des Kapitals wird zweifellos energische Bemühungen machen, diesen Umstand auszunutzen, sie selbst niedriger zu entlohnen und als lohnbrüchendes Element gegen die übrigen Arbeiterinnen auszuspielen. Hiergegen kann sie und die Arbeiterin nur durch die Macht der Organisation und jene Schranke schützen, die durch den geschlossenen Arbeiterinnenbund gezogen ist. Auch wird die Organisation ihre beste Berufsberaterin sein. Eine starke, uner müdliche Werberin für den gewerkschaftlichen und politischen Zusammenschluß muß deshalb ergänzt werden durch die Ausnutzung des bestehenden Arbeiterinnenbundes und die Propaganda für seinen Ausbau und seine Ausdehnung auf alle Arbeiterinnen: hauswirtschaftliche, landwirtschaftliche, Heimarbeitenden, Arbeiterinnen in Kleinbetrieben und im Handelsgewerbe. Dazu gehört natürlich auch die Befreiung aller gesetzlichen Hemmnisse des Koalitions- und Streikrechts, Gefähr-

ordnungen, landwirtschaftliche Ausnahmegesetze und dergleichen. Welch schwere Kämpfe es darum geben wird, lassen die Reden der Kirdorf, Westarp und anderer bereits erkennen.

Durch den Eintritt Tausender von Kriegswitwen in die Erwerbsarbeit und ihre Verbindung mit der dreifachen Last der Mutterpflichten, der Hauswirtschaft und der Erwerbsarbeit wird wiederum hell beleuchtet, welche eine Fülle sozialer Pflichten auch die Gemeinden noch zu erfüllen haben, um in der Gegenwart den Lohnarbeitenden Frauen ihre Last zu erleichtern und der heranwachsenden Jugend Pflege und Erziehungsmöglichkeiten zu sichern, die für die Kreise der Minderbemittelten heute, woher das Haus noch die Schule zu bieten vermag, und am allerwenigsten das Haus, die Familie, so auch noch der Vater fehlt. Alle Forderungen von uns erhalten damit eine größere Dringlichkeit:

Schaffung von Säuglingsheimen, Kindergärten und Kinderhorten, die unter Leitung guter Pädagogen zur unentgeltlichen Benutzung offen stehen;

obligatorische Schulpflicht, Errichtung von Schulbädern, Anstellung von Schularzten und andres mehr;

Hand in Hand damit ein erweiterter Kinderschutz und eine Reform der Schule im Sinne der Einheits- und Arbeitsschule.

Das wären gleichzeitig hoffnungsvolle Ansätze zur planvollen Regelung des ganzen Erziehungswesens im sozialistischen Sinne; wobei die Schule und ihre kommunalen Vorstufen, also die öffentliche Erziehung, mit dem Rüstzeug der pädagogischen Wissenschaft und mit dem Ziel der harmonischen Ausbildung aller guten Anlagen des jungen Menschen zum Staatsbürger Hand in Hand arbeitet mit der Familie, die als Wertvolles all das Innige, das Individuelle, das sittlich Starke, das im höchsten Maße eben nur die Nächsten, die Anverwandten zu geben vermögen, hinzutut, um die kraftvolle Persönlichkeit zu formen.

Eine lebhaftige Agitation für die Fortführung des gesamten Arbeiterschutzes, für die Schaffung und Weiterentwicklung der besprochenen kommunalen und staatlichen Einrichtungen wird einsetzen müssen, sobald die politischen Zustände dies gestatten.

Das Koalitionsrecht während des Krieges.

Unter obigem Titel schreibt Herr Georg Streiter, der Vorsitzende des Deutschen Verbandes der Krankenpfleger und -pflegerinnen — einer Organisation, die nicht „Massenkämpferisch“ ist und durchaus auf nationalem Boden steht — in der „Sozialen Praxis“:

Als zu Anfang des Krieges eine Reihe von Verfügungen und Schreiben einflussreicher Behörden hinsichtlich der Vereins- und Versammlungsfreiheit politischer oder politisch sein sollender Vereine und Gewerkschaften bekannt wurden, die, dem Ernst der Zeit entsprechend, den vielen Verwaltungsstreitverfahren ein Ende bereiten, wandte ich mich in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Deutschen Verbandes der Krankenpfleger und -pflegerinnen (einer christlich-nationalen Gewerkschaft) an eine Reihe von preussischen Landeshauptleuten, die in Friedenszeiten die Organisation des ihnen unterstellten Krankenpflegepersonals mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verboten hatten, mit einer Eingabe, die — absichtlich — manchen besonders gut gelungenen Satz aus einigen der erwähnten behördlichen Verfügungen und Schreiben enthielt und auf eine Aufhebung der Koalitionsverbote für das Pflegepersonal hinzielte. Welcher Art diese Koalitionsverbote sind, ist ebenfalls in der „Soz. Praxis“ und an anderen Stellen, ja selbst im Parlament, geschildert worden. Allerhand Zwangsmaßregeln, als schärfste die Entlassung, wurden angedroht. Sämtliche bisher gewährten Vergünstigungen, wie Bezug von Lebensmitteln und Köhlen von der Anstalt, ja sogar Wohnungsberechtigungen, sollten hinfällig werden, sobald das Pflegepersonal sich einem Berufsverband, besonders dem von mir geleiteten, anschloß.

Es ist nun beachtenswert, die Antikarrieren, soweit solche überhaupt eingegangen sind, kennen zu lernen.

Der Landeshauptmann der Provinz Westpreußen schreibt: „Ihrer Anregung zu einer verbindlichen Stellungnahme gegenüber den Bestrebungen Ihres Verbandes vermag ich nicht zu entsprechen. Der wohlverstandene Vorteil des Pflegepersonals der westpreussischen Heil- und Pflegeanstalten wird von dem Pflegepersonal selbst, von den Direktoren und Ärzten und von der Provinzialverwaltung nach Kräften wahrgenommen. Insbesondere hat es die Provinzialverwaltung jeherzeit für ihre Pflicht erachtet, sich über die Lage der Pfleger in den übrigen Landesteilen zu unterrichten und Ungleichmäßigkeiten, soweit möglich, zu beheben. Daß nicht alle, auch nicht alle berechtigten Wünsche erfüllt werden können, ist eine Erfahrung, die der Stand der Krankenpfleger mit allen menschlichen Berufshänden billigt. Mit der organisierten Selbsthilfe kann ihm in einem Rechtsstaat nicht gedient sein. Niemand wird in Preußen gezwungen, Staats- oder Kommunalbeamter zu werden. Wer diesen Beruf unter den ihm belauteten Bedingungen ergreift und alsdann Vereinigungen beiträgt, die sich die Abänderung des Anstellungsvertrages in einseitiger Richtung zur Aufgabe machen, verstößt gegen die Treupflicht des Beamten.“

Sie wollen hieraus ersehen, daß es sich bei der von Ihnen berührten Frage keineswegs um „unbedeutende Einzelgassen“ handelt, sondern um einen allgemeinen und von jedem gefunden Gemeinwesen befolgten Grundsatz, nicht um eine parteipolitische (?! Der Verf.) Forderung, sondern um eine solche der Beamtendisziplin. Der disziplinierte Körper des deutschen Heeres und des deutschen Beamtenstandes bildet das feste Rückgrat der einmütigen Erhebung unseres Volkes, auf die Sie sich für die Bestrebungen Ihres Verbandes nur aus Rücksichtnahme berufen können. Die auch nur am Herzen liegende Einheit der Nation

wird jedenfalls weniger gestört, wenn sich Untergebene mit begründeten Anliegen an vorgesetzte Behörden wenden, als wenn die weit verzweigten Vereinigungen bilden, auf die der Staat oder der anstellende Landesteil keinen Einfluß ausübt. Freiherr v. Senff-Wildsch.

Der Landeshauptmann der Provinz Sachsen schreibt: „Auf Ihre Eingabe erwidere ich ergebenst, daß nach dem Ergebnis der angestellten Ermittlungen ein Bedürfnis zur Veränderung der Dienstanweisung für das Pflegepersonal in der Landesheilanstalt Köhrbrunn nicht vorliegt. Ich behauere daher, Ihrem Wunsch nicht näher treten zu können. von Wilmowski.“

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg schreibt: „Es ist nicht beabsichtigt, wählre Treueverhältnis zwischen mir und meinen Beamten durch Zuweisung irgendwelcher Störungen von außen zu gefährden, und ich bin weit entfernt davon, in der sorgfältigen Pflege dieses Verhältnisses ein Hindernis einmütigen Zusammenstehens der Nation, wie wir es jetzt erleben dürfen, zu erblicken.“

Der Landeshauptmann in Hessen schreibt: „Ich muß auf meinen ablehnenden Bescheid vom 27. November 1913 verweisen und kann in der gegenwärtigen Kriegszeit dem Wunsch des Vereins um so weniger entsprechen, als ein großer Teil der Pfleger des Landesospitals Gaina zur Fahne einberufen ist, für welche die Verwaltung die größte Fürsorge (?! Der Verf.) betätigt. J. U.: von Dehn-Rottker.“

Selbst der Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen kann „seinen Standpunkt nicht ändern“. Auch das Landesdirektorium der Provinz Hannover „hält den jetzigen Zeitpunkt, wo eine große Zahl der Wärter im Felde steht, nicht für geeignet, die Angelegenheit zu erörtern“.

Von diesen kläffigen Zeugnissen der Kriegszeit kann man einstweilen leider nur mit Bescheiden Kenntnis nehmen. Ob in dieser Zeit, wo das stille Heldentum der Krankenpfleger und -pflegerinnen überall seine Triumphe feiern kann und mancher geachtete frühere Vertrauensmann meines Verbandes sich die schönste Auszeichnung dieses Krieges auf die Brust heften darf, durch solche ernste Bitterkeit ausbleibenden Schreiben die „Einheit der Nation“ gefördert wird, kann wohl fraglich bezweifelt werden.

So weit Herr Streiter. Seine Klagen erscheinen uns schon deshalb weiterer Verbreitung wert, weil sie zeigen, daß die Abneigung gegen die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter selbst in solchen Kreisen noch fortdauert, die eigentlich in erster Linie verbunden wären, aus den Worten des Kaisers und den Erklärungen hoher Regierungsvertreter die Konsequenzen zu ziehen. Wenn dem aber so ist, so kann es schließlich niemand wundernehmen, daß große und bedeutende Unternehmungen sich auch nicht zu einer andern Würdigung der Gewerkschaften bequemen wollen.

Wir berichten an anderer Stelle in dieser Nummer darüber, wie die Leitung der Köln-Rottweiler Pulverfabriken das Ersuchen der christlichen Bezirksleitung um Aufhebung des Koalitionsverbotes ablehnt. Angehts einer solchen Haltung der Unternehmer ist es erklärlich, wenn das Organ des christlichen graphischen Zentralverbandes schreibt:

„Bei Rücksicht auf den allgemeinen Burgfrieden kann man aus dieser Haltung der Unternehmer gewiß nicht erkennen; im Gegenteil, eine schärfere Tonart gegen die berechtigten Arbeiterforderungen und eine schroffere Ablehnung der Gleichberechtigung der Arbeiter auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages ist auch vor dem Kriege nicht zu verzeichnen gewesen. Die Gewerkschaften werden diese Verlaubarungen der Unternehmerführer als untrügliche Zeichen ihrer Kampfesstimmung zur Kenntnis nehmen und ihre Taktik demgemäß einrichten.“

Das ist ganz unsre Meinung!

Noch ein lehrreicher Briefwechsel.

Die Köln-Rottweiler Pulverfabriken sind bekannt als ein äußerst rentables, kapitalistisch national und international stark verfilztes, der Arbeiterschaft gegenüber nichts weniger als vorbildliches Unternehmen. Wir haben vor einigen Jahren eingehend darüber berichtet, daß und wie die Leitung des Unternehmens in Rottweil die Arbeiterschaft des Betriebes selbst von der christlichen Gewerkschaft fernhielt. Als das christliche Gewerkschaftsamt in Rottweil damals die Arbeiter zu einer Besammlung einlud, wurde in der Fabrik eine Bekannmachung angeschlagen, in der es hieß:

„Wir warnen unsere Arbeiterschaft dringend so wohl vor dem Besuch dieser Versammlung wie auch vor dem Eintritt als Mitglied in die christliche Gewerkschaft... Um jedoch keinerlei Zweifel über unsre Stellungnahme den Gewerkschaften gegenüber aufkommen zu lassen, geben wir schon heute bekannt, daß jeder Arbeiter, der die Bestrebungen christlich-nationaler, christlich-sozialer oder sozialdemokratischer Organisationen direkt oder indirekt unterstützt, eine sofortige Kündigung zu erwarten hat.“

Die Bezirksleitung des christlichen Verbandes scheint nun der sehr erklärlichen Meinung gewesen zu sein, daß die Erfahrungen der Kriegszeit auch auf die Leitung dieses Unternehmens eingewirkt haben müßten. Zu dieser Annahme hatte sie um so mehr Grund, als ja die Köln-Rottweiler Pulverfabrik der Hauptlieferant des deutschen Heeres ist und als solcher eigentlich sich verpflichtet fühlen müßte, den Burgfrieden zu wahren und die gewerkschaftlichen Organisationen, deren Nutzen, ja Notwendigkeit selbst Minister öffentlich anerkannt haben, anders als früher zu bewerten. Der christliche Bezirksleiter Kühn fragte deshalb bei der Leitung des Unternehmens an, ob sie das Koalitionsverbot auch fernerhin noch auf-

*) Wir entnehmen diesen Aufsatz mit Genehmigung der Verfasserin und der Redaktion dem 21. Ergänzungsheft der „Neuen Zeit“, in dem Genoffin Sieg das Thema „Die sozialdemokratischen Frauen und der Krieg“ in ganz vorzüglicher Weise behandelt.

recht erhalten solle. Darauf lief — wie wir der christlichen ...

Vereinigte Köln-Rottweiler Pulverfabriken, Zweigniederlassung Rottweil.

Rottweil, den 16. Juni 1915.

An den Zentralverband christlicher Fabrik-, Betriebs- und Hilfsarbeiter Deutschlands, Mannheim (K. 1. 16.)

Auf Ihr geehrtes Schreiben vom 10. d. M. gestatten wir uns, Ihnen zu erwidern, daß wir ebenso wie Sie gewillt sind, den Burgfrieden aus...

Hochachtungsvoll

Vereinigte Köln-Rottweiler Pulverfabriken, Zweigniederlassung Rottweil.

Die „Gewerkschaftsstimme“ schreibt zu dieser eigenartigen — allerdings nicht neuen — Auslegung des Burgfriedens:

Hier wird allen Ernstes die Meinung vertreten, der Burgfriede lasse die Möglichkeit nicht zu, ein Verbot rückgängig zu machen, das sich sowohl gegen ein Reichsgefes als gegen das Naturrecht wendet.

Sobald wir erfahren, daß die Militärbehörde das Vertrauen des christlichen Blattes gerechtfertigt und der Arbeiterschaft dieses Unternehmens — auf das die Heeresverwaltung ohne Zweifel bestim...

Vom Zuckerwucher.

Ueber die geradezu handlungs Vorgänge auf dem Zuckermarkt wird der „Magdeburger Volksstimme“ von sachkundiger Seite geschrieben:

Was wir jetzt mit dem Zucker erleben, ist wirklich jäh. Wir haben zu wenig Mais, wir haben zu wenig Eier, zu wenig Butter, darum sind diese Waren teurer geworden.

Wodurch sind diese Verhältnisse entstanden? Als im Herbst vorigen Jahres die Rohzuckerpreise sanken, sah die Rohzuckerindustrie...

Uetz Veranschlagung des Kantons, daß im Jahre 1914 Rohzucker mit Saft, im Jahre 1915 aber ohne Saft gehandelt wurde, betrug für Rohzucker am 1. Mai 1915 gegenüber dem Vorjahr die Preissteigerung mehr als 10 Prozent.

Table with 2 columns: Date and Price per 100 kg. Rows include Jan 1914, Mar 1914, May 1914, Jan 1915, Mar 1915, May 1915.

Ein großer Teil der Schuld an den bestehenden Zuständen ist den Zuckerproduzenten zuzurechnen. Seit Willsons Verkauf befinden sich in den Händen von Händlern und Spekulanzen, die gar nicht daran denken, ihre Bestände dem Konsum zuopfern, da sie in den nächsten Monaten höhere Preise erzielen können.

Wir glauben, demnach zu sehen, daß die Zuckermarkt konjunktur ist durch die unzulänglichen Maßnahmen des Bundesrats und durch die Erregung der Spekulationen, die sich nicht scheuen, aus dem Rohzucker den Kapital zu ziehen und an jedem Saft 2 bis 3 Mark und mehr bereiznen wollen.

Bei dem Mangel an Mais für Brot und bei den hohen Preisen mag Zucker in viel geringerem Umfange als früher als Nahrungsmittel benutzt werden, und die Konsumenten haben alle Ursache, anzufrieden zu sein über die Preissteigerung, die beim Rohzucker sich herausgestellt haben.

Es wird die „Magdeburger Volksstimme“. Es ist nun unzulänglich, zu sehen, wie die Rohzuckermarkt und Händler sich benehmen, jede Schuld von sich abzuwälzen.

Die Rohzuckermarkt und Händler sich benehmen, jede Schuld von sich abzuwälzen.

„Auf die Mitteilung der Zentral-Einkaufsgesellschaft, Abteilung Zucker, in Ihrem heutigen Morgenblatt ist zu erwidern, daß ein Mangel an Rohzucker nur auf die Verhältnisse, sich immer mehr verringerte Arbeiterzahl in den Massenerien zurückzuführen ist, und daß Ausschüttung sehr schwer zu bekommen sind, die außerdem abfolgt nicht den üblichen Abgang der gewöhnlichen Arbeiter spielen können.“

Es soll gewiß nicht bestritten werden, daß manchen Raffinerien Arbeiter fehlen. Hauptächlich aber wohl deshalb, weil in diesen Betrieben die Arbeitsbedingungen nicht so ungünstig sind, daß die Arbeiter sich andere Beschäftigung suchen.

Teuerungszulagen im Gau II.

In einer Reihe von Betrieben, welche in diesem Frühjahr guten Beschäftigungsgrad aufwiesen, ist es gelungen, durch Lohnverhandlungen die gegenwärtige, ungeheure Teuerung ein klein wenig auszugleichen.

Unter den Nahrungsmittelbetrieben bezahlte die höchste Zulage die Firma Reiche, Kuchelfabrik in Ulm. Durch Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß wurde Ende März 20 Pf. Zulage und 10 Pf. Lohnerhöhung vom 1. April an bewilligt.

Die Firma Knorr, Heilbronn, hat zuerst eine Kinderzulage eingeführt, was ihr bei der großen Masse der ledigen Arbeiter und Arbeiterinnen nicht so sehr ins Fleisch schnitt.

Die in der obigen Stellung der Direktion wurde in einer Mitgliederversammlung unter der Leitung des Vorsitzenden beschlossen, daß man sich mit dieser Maßnahme zunächst nicht zufrieden geben wolle.

Die in der obigen Stellung der Direktion wurde in einer Mitgliederversammlung unter der Leitung des Vorsitzenden beschlossen, daß man sich mit dieser Maßnahme zunächst nicht zufrieden geben wolle.

Die in der obigen Stellung der Direktion wurde in einer Mitgliederversammlung unter der Leitung des Vorsitzenden beschlossen, daß man sich mit dieser Maßnahme zunächst nicht zufrieden geben wolle.

Das die Rohzuckermarkt und Händler sich benehmen, jede Schuld von sich abzuwälzen.

Aus der Industrie

Kriegsgewinne in der Gummwaren-Industrie.

In der Gummwaren-Industrie gestaltete sich die Geschäftslage im Jahre 1914 ähnlich der in anderen Industrien. Bis zum Ausbruch des Krieges war gute Konjunktur.

Table with 7 columns: Firma, Reingewinn 1914, Reingewinn 1913, and Absetzungen 1914, 1913. Rows include Continental, Ezzelst, Aktien-Gesellschaft, Calmon, Nordb., Mitteld., Gummwaren, etc.

Der Reingewinn der Continental in Hannover ging von 8,75 auf 6,50 Millionen Mark zurück. Auch die Dividende sank von 45 auf 30 Prozent.

Bei der Ezzelst in Hannover stieg der Reingewinn bei fast doppelt so hohen Absetzungen um rund 400 000 Mark, die Dividende von 18 auf 22 Prozent.

Eine ansehnliche Steigerung des Reingewinns verzeichnet auch die Aktiengummwarenfabrik in Hannover, ebenso die A. G. Calmon in Hamburg.

Ganz erheblich stieg der Reingewinn der Norddeutschen Gummwarenfabrik in Berlin, trotz der um rund 100 000 Mark erhöhten Absetzungen.

Die Mitteldeutsche Gummwarenfabrik in Frankfurt konnte im Kriegsjahr ihren Reingewinn beträchtlich steigern. Die erzielte Summe reicht allerdings zur Zahlung einer nennenswerten Dividende noch nicht aus.

Belastung bleibenden ... Gewinn ...

Verder Gummiwarenfabrik ...

Ganz besonders vom Kriegsgeld ...

Einen Rückgang im Ertragnis ...

Die Vereinigten ...

Verhältnismäßig gute Ergebnisse ...

Die Arbeiter ...

Zur Nachahmung empfohlen!

Zahrelang klagten die Unternehmer ...

Es wäre ein Unrecht gegen die Arbeiter ...

Es muß demnach die Schmutzkonzurrenz ...

Der Weltkrieg, der für kurze Zeit ...

Wurde Gerlach, Holzschleiferei ...

Unfern Freunden in der Papierindustrie ...

Am Sonnabend, dem 3. Juli ...

Schwerer Unfall in einer Papierfabrik.

Am Sonnabend, dem 3. Juli ...

Am Sonnabend, dem 3. Juli ...

Am Sonnabend, dem 3. Juli ...

Am Sonnabend, dem 3. Juli ...

Am Sonnabend, dem 3. Juli ...

Am Sonnabend, dem 3. Juli ...

Am Sonnabend, dem 3. Juli ...

Am Sonnabend, dem 3. Juli ...

behalten, auch im internationalen Kampf ...

Neben dem vom Verein deutscher ...

Wenn auch die Preiserhöhungen ...

Die Einigkeit der Unternehmer ...

Der Patriot verlangt starke Heere ...

Die Sanierung der Aschaffener ...

Wie bereits in Nr. 25 des ...

Die Sanierung der Aschaffener ...

Die Sanierung der Aschaffener ...

Die Sanierung der Aschaffener ...

Die Sanierung der Aschaffener ...

Die Sanierung der Aschaffener ...

Die Sanierung der Aschaffener ...

Die Sanierung der Aschaffener ...

Die Sanierung der Aschaffener ...

Die Sanierung der Aschaffener ...

Die Sanierung der Aschaffener ...

Die Sanierung der Aschaffener ...

Die Sanierung der Aschaffener ...

Die Sanierung der Aschaffener ...

Die Sanierung der Aschaffener ...

Die Sanierung der Aschaffener ...

Die Sanierung der Aschaffener ...

Die Sanierung der Aschaffener ...

Gewerkschaftliche Nachrichten

Eine Konferenz von Vertretern der Verbandsvorstände

Die Konferenz in der Zeit vom 6. bis 7. Juli ...

Die Konferenz in der Zeit vom 6. bis 7. Juli ...

Die Konferenz in der Zeit vom 6. bis 7. Juli ...

Die Konferenz in der Zeit vom 6. bis 7. Juli ...

Die Konferenz in der Zeit vom 6. bis 7. Juli ...

Die Konferenz in der Zeit vom 6. bis 7. Juli ...

Die Konferenz in der Zeit vom 6. bis 7. Juli ...

Die Konferenz in der Zeit vom 6. bis 7. Juli ...

Die Konferenz in der Zeit vom 6. bis 7. Juli ...

Die Konferenz in der Zeit vom 6. bis 7. Juli ...

Die Konferenz in der Zeit vom 6. bis 7. Juli ...

Die Konferenz in der Zeit vom 6. bis 7. Juli ...

Die Konferenz in der Zeit vom 6. bis 7. Juli ...

Die Konferenz in der Zeit vom 6. bis 7. Juli ...

Die Konferenz in der Zeit vom 6. bis 7. Juli ...

Die Konferenz in der Zeit vom 6. bis 7. Juli ...

Die Konferenz in der Zeit vom 6. bis 7. Juli ...

Die Konferenz in der Zeit vom 6. bis 7. Juli ...

Die Konferenz in der Zeit vom 6. bis 7. Juli ...

Die Konferenz in der Zeit vom 6. bis 7. Juli ...

Die Konferenz in der Zeit vom 6. bis 7. Juli ...

Die Konferenz in der Zeit vom 6. bis 7. Juli ...

Die Konferenz in der Zeit vom 6. bis 7. Juli ...

erhoben. Die Vertreter der Verbandsvorstände stellten sich in eingehender Debatte, in der es nicht an scharfen Beurteilungen der gemeinschaftlichen...

Die Konferenz schließt sich der von der Generalkommission im 'Corr.' veröffentlichten Erklärung, die sich gegen die Sonderbündel richtet, an. Sie weist mit aller Entschiedenheit die Versuche...

Nur eine einzige und geschlossene Partei kann die Interessen der gewerkschaftlichen Organisationen erfolgreich vertreten.

Die Konferenz hält die Stellung, die von der übergroßen Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion und des Parteiausschusses sowie...

Damit ist die Stellung der deutschen Gewerkschaften zu den Angriffen auf die Einheit der Partei gekennzeichnet.

Eine Beschwerde über die systematisch betriebene Einführung polnischer Arbeiter in die Textilbezirke und deren Ausnutzung zum Nachteil der deutschen Arbeiter wurde der Generalkommission zur weiteren...

Schlüssig die Aufnahme weiterer Statistiken werden als Termin für die nächste Kriegskassensitzung der Gewerkschaften der 31. Juli...

Die Entscheidung des Reichsversicherungsamts, wonach die Krankenkassen berechtigt seien, auf das zu zahlende Krankengeld auch die von Gewerkschaften gewährte Krankenunterstützung anzurechnen, auch wenn...

Die Generalkommission wurde beauftragt, ein solches gewerkschaftliches Frauenblatt baldmöglichst herauszugeben.

Die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes.

Der Metallarbeiterverband hat trotz des Kriegszustandes seine jährliche Generalversammlung in der Woche vom 28. Juni bis 3. Juli in Berlin abgehalten.

Weder der Punkt: 'Soziale Aufgaben während des Krieges und die Gewerkschaften' hielt der Verbandsvorstand eine inaktive Rolle. Er behauptet, die dem deutschen Volk seit Ausbruch des Krieges erwachsenden sozialen Pflichten seien...

Das Ergebnis der Tagung nach der Generalversammlung wird folgende Resolution enthalten:

Die 12. ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes...

Die von der hiesigen Eisenarbeitervereinigung für die anstehende...

Zur Ergänzung der sozialen Aufgaben während des Krieges...

Die Tagesordnung enthält Rückwahl der bisherigen Mitglieder. An Stelle des ausgeschiedenen Schöfers Wajerski wurde Bernick (Berlin) gewählt.

Berichte aus den Zahlstellen.

Hannover. Da die Direktion der hiesigen chemischen Fabrik große Mengen Kartoffeln angeliefert hatte, welche durch unsachgemäße Einlagerung zu verderben drohten...

Münster. Am 2. August 1914 betrug die Zahl unserer Mitglieder 304, davon war der größte Teil in einem Großbetriebe, der kleinere Teil in vier Kleinbetrieben beschäftigt.

Die enorme Steigerung aller Lebensmittelpreise veranlaßte die Arbeiterfrage der chemischen Fabrik, eine Eingabe an die Firma zu richten...

Nicht unerläßlich konnten es einige Verwaltungsbeamte, sich in die Versammlungen der Arbeiter zu begeben, jedenfalls um zu hören, was denn nun die Arbeiter sagen und beschließen werden.

Durch die fortwährenden Einberufungen zum Heere werden die Säulen innerhalb der Organisation immer größer, was uns bereits veranlaßt, Frauen als Hilfsfunktionäre einzustellen.

Von den 138. einberufenen Mitgliedern waren 118 verheiratet und 20 ledig; 12 Kollegen waren besonders tüchtige Funktionäre.

Unterstützungen wurden ausbezahlt: An in Rot Geratene 80 Mk., an Kriegerverwundete 32 Mk., an Arbeitslose 451,15 Mk., an Kranke 120,20 Mk., an Witwen 1003,35 Mk.

Durch die fortwährenden Einberufungen haben wir mit einem weiteren Wadung der Mitgliederzahl zu rechnen, was uns jedoch nicht abhalten wird, alles zu tun, um die Organisation aufrecht zu erhalten bis zum letzten Mann!

Rundschau.

Gegen den Lebensmittelpreis.

Das hiesige Verbandskommando des hiesigen 1. Armeekorps in Münster hat folgende Bekanntmachung erlassen:

Die Preise der notwendigen Lebensmittel und Bedarfsgegenstände haben teilweise eine Höhe erreicht, die die Lebenshaltung außerordentlich erschwert.

Der Gefängnis bis zu einem Jahr wird befristet: 1. wer beim gewerkschaftlichen Einlass von Gegenständen des täglichen Bedarfs Preise bietet, die unangemessen hoch sind...

2. wer Waren an Gegenständen des täglichen Bedarfs, die an sich zum Verkauf bestimmt sind, aus dem Verkehr zurückhält, um eine Preissteigerung oder Verknappung bestehender Vorräte zu bewirken;

3. wer beim gewerkschaftlichen Einlass für Gegenstände des täglichen Bedarfs Preise fordert oder annimmt, die nach der Marktlage ungerechtfertigt hoch sind;

4. wer als Verkäufer von Gegenständen des täglichen Bedarfs ohne genügenden Verkaufsgrund, solange seine Waren reichen, einem Käufer die Abgabe seiner Warengegenstände gegen Bezahlung verweigert.

Frage, ob der Preis angemessen ist, die Differenzvollstreckung (in Münster bei Stadtmagistrat) eingehend.

Es ist bezeichnend, daß eine solche Verfügung in der Kriegszeit überhaupt erlassen werden muß. Leider dürfen wir nicht erwarten, daß sie nun auch dem Uebel steuern b. h. den unberechtigten Preiswucher eindämmen wird.

Verbandsnachrichten.

Adressen-Verzeichnis.

Viele Zahlstellen senden öfters die Adressen-Karten, ohne daß überhaupt Änderungen erfolgt sind. Das ist nicht notwendig. Die Einbringung braucht nur zu erfolgen, wenn eine oder mehrere Adressen geändert werden müssen.

Die Anmeldung neuer Bevollmächtigter muß aber sofort erfolgen.

Vom 6. Juli an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Galle 1053,17. Wittenberg 581,49. Sebnitz 496,04. Deegermühle 470,63. Dörfeld 470,57. Blankenburg 440,44. Staßfurt 427,11. Kalbe 372,28. Dörfeld 370,79. Wismar 329,54. Mühlgr. 312,92. Waltershausen 306,60. Schwann 276,64. Brandenburg 270,01. Sandberg 237,28. Walsrode 184,91. Kottbus 183,61. Magden 5. D. 172,03. Magdeburg 120,19. Melle 113,44. Lehrte 95,70. Radeburg 95,60. Goldberg 88,08. Greifswald 66,10. Lauenburg i. Pom. 62,32. Wiltow i. P. 60,74. Wobet 49,67. Gellertshagen 47,90. Detmold 43,77. Neubrandenburg 40,--. Altrip 39,51. Meiningen 30,25. Goch 20,35. Wallm. 20,22. Dorsten 12,45. Kötha 10,19. Kl.-Krogersburg 6,46. Wülshausen i. Th. 4,89. Wipflad --, 80. Sonneberg 930,--. Göttau 469,08. Wark 324,57. Ansbach 294,51. Breslau 281,70. Schöningen 270,13. Torgau 191,44. Ebersdorf 181,91. Esterwerda 193,88. Nordhamm 105,12. Schwering 101,02. Vorch. i. S. 80,05. Weßlau 77,23. Dommitzsch 73,58. Marienstein 67,03. Grünberg 62,17. Guben 62,13. Neustein 47,55. Burg b. W. 38,93. Weßelburg 38,46. Pyrmont 28,12. Bonn 27,17. Solingen 27,07. Vorne 26,41. Rahl a. M. 13,36. Döbeln 3,10. Mannheim 1634,85. Plauenischer Grub. 800,--. Girschberg 528,52. Brunsbüttelkoog 451,30. Rieba 422,33. Plauen i. V. 308,97. Arnstadt 280,93. Dierdorf 171,30. Egeln 160,85. Jahnid 144,73. Ludenwalde 123,05. Ziegenau 80,10. Mühlheim 74,62. Elrich 59,12. Müllgheim 56,45. Friesland b. Br. 54,26. Stralsund 52,46. Anklam 40,71. Schönberg 35,01. Wollentz 22,68. Wurzbach 21,71. Pahlhude 19,24. Zimtau 11,44. Braunschweig 5117,33. Viel 2361,61. Dessau 2073,67. Belten 794,13. Wismar 539,01. Rüppertshagen 427,08. Wunstedt 426,35. Wieg 375,05. Aue 354,44. Schwabed. 266,37. Kempten 170,--. Welf 163,91. Rendsburg 157,36. Seligenstadt 135,46. Weßelungen 74,18. Gainsstadt 64,40. Dortmund 53,81. Maudach 50,--. Walthausen 28,13. Cytha 20,95. Hohenwehst. 14,86. Neustadt a. d. Orla 5,05. Nordhausen 2,19. Berlin --, 40. Singen 363,09. Finsterwalde 306,29. Langernünde 286,74. Strelitz 108,82. Forstheim 37,14. Neubredum 20,05. Mannheim 4,50. Mügelin b. Dr. 2,60. Vernburg 775,17. Darmstadt 321,--. Bergedorf 864,44. Wölkendorf 438,68. GutsMuth 408,68. Barel 292,31. Wark 274,44. Ohrdruf 268,21. Gröben 261,75. Seidenheim 239,49. Parchim 219,99. Waditz 189,51. Merzb. 182,44. Wob. 137,63. Annab. 50,--. Greiffenberg i. Schle. 49,58. Hirschfelden 41,39. Orlaheim 30,--. Weßelburg 13,69. Lahr i. B. 12,90. Gengenbach 5,92. Mainz 3,--. Uplingen 2,20. Gredeswälden 60,21. Rheinfelden 50,32.

An Verhörsbeiträgen gingen ein:

- Sebnitz 29,30. Staßfurt 6,90. Weßwasser 3,45. Kottbus 1,85. Walsrode 1,70. Meiningen 1,35. Mügelin b. O. --, 95. Nordh. 85. Dorsten --, 30. Hamburg 300,--. Wittenberg 18,10. Elrich 15,95. Rodach 6,90. Rendsburg 6,70. Schöningen 6,25. Oldesloe 3,60. Mühlheim 3,30. Wartin 1,90. Marienstein 1,75. Wittenberg 1,15. Vangelatal 1,--. Neubredum --, 70. Grünberg --, 50. Amel 27,15. Jahnid 4,66. Mühlheim 3,35. Zimtau 2,65. Lauenburg i. P. 2,20. Strelitz 1,85. Wurzbach 1,35. Schöningen 1,15. Mühlheim --, 85. Arnstadt --, 70. Lüneburg 7,80. Esterwerda 4,30. Wittenberg 1,05. Neustadt a. d. Orla --, 30. Finsterwalde 1,--. Worms 14,60. Barel 7,05. Mainz 6,40. Schwabach 4,20. Wob. 4,15. Staßfurt 4,15. Ohrdruf 1,95. Saganau --, 85. Weßelburg --, 70.

Schluss: Montag, den 12. Juli, mittags 12 Uhr.

A. Niemeyer.

Die Abrechnung für das 2. Quartal 1915 haben eingekandt:

- Stein, Weßlau, Wiltow, Melle, Lauenburg i. P., Brandenburg, Döberan, Neubrandenburg, Landsberg, Mügelin b. D., Dommitzsch, Ansbach, Arnstadt, Altrip, Guben, Göttha, Kötha, Dörfeld, Strelitz an der Elbe, Pahlhude, Reutlingen, Detmold, Osterwieck, Radeburg, Schwanau, Wittenburg, Gellertshagen, Pyrmont, Walsrode, Weisung, Dorsten, Wittenberg, Halle a. d. S., Neubredum, Wittenberg, Schöningen, Vorch. i. S., Radeberg, Altwasser, Schöningen, Marienstein, Wipflad, Schwann, Lehrte, Langernünde, Kottbus, Greifswald, Kalbe, Wismar, Staßfurt, Neustein, Ebersdorf, Goch, Mühlgr., Bonn, Solingen, Wismar, Goldberg, Wallm., Kl.-Krogersburg, Wülshausen i. Th., Vangelatal, Deegermühle, Radeburg, Weßelung, Borne, Döbeln, Kürnberg, Diegnitz, Wurzbach, K. W. Mies, Waltershausen, Schwering, Wark, Grünberg, Lauenburg, Müllgheim, Zimtau, Jahnid, Stralsund, Torgau, Burg b. W., Kiel, Braunschweig, Lubwigshagen, Braßau, Heilbronn, Kelmendorf, Vernburg, Singen, Finsterwalde, Hohenwehst., Neubredum, Schmiedeb. b. S., Eilenburg, Mannheim, Greiffenberg i. Schlefen, Einsieden, Dessau, Neustadt an der Orla, Weßelung, Esterwerda, Weßelungen, Dortmund, Großsch., Forstheim, Weßelburg, Seligenstadt, Belten i. d. Mark, Maudach, Rüppertshagen, Wismar, Forstheim, Walthausen, Nordhausen, Kempten, Guben, Radeburg, Kottbus, Dörfeld, Walsrode, Remei, Burg, Cytha, Egeln, Ludenwalde, Sonneberg, Brunsbüttelkoog, Mühlheim, Wollentz, Rendsburg, Gainsstadt, Hüttenrode, Köstlin, Sebnitz, Breg b. Br., Elrich, Strelitz, Gröben, Girschberg i. Schle.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitglieds-Bücher und -Karten.

Table with 5 columns: Buch-Nr., Name des Mitgliedes, Geburtsdatum, Eintrittsdatum, Eingetreten in. Includes names like Hans Heim, Friedrich Richter, Heinrich Kubisch, Johann Eichhorn, August Wöppner.

Neue Adressen und Adressenänderungen.

- Wiltow. Rudolf Linzewitz, Fabrik Geiß. Neustein. Theodor Krüger, Lindenstraße 34. Forstheim. Albert Beder, Gellertstraße 18, 3. Et. Querfurt. Franz Hoffmann, Eichenstraße 34. Radeburg. Heinrich Woldenhauer, Seestraße 259. Schwering. Jakob Jung, Auguststr. 7. Friedes. Lorenz Rogt, Sandberg. Wittenberg. Friedrich Jabel, Bürgerstr. 3.

Gesucht ein Arbeiter, der mit der Fieber-Schmelzmühle Bescheid weiß, in eine Fabrikarbeiter Hamburg. Angebot hat unter K. C. an die Expedition des 'Arbeiter' anheben.